

Der Meersburger Bürgermeister Dr. Fritz Vogt (1937–1945)

Eine Karriere mit Brüchen

Arnulf Moser

Ein badischer Jurastudent tritt 1930 der NSDAP bei und beteiligt sich am Aufbau einer Ortsgruppe in Weil am Rhein. Als Verwaltungsjurist wird Dr. Fritz Vogt 1937 zum Bürgermeister von Meersburg ernannt, meldet sich aber im Herbst 1939 zur Wehrmacht. Er bewirbt sich um eine kommunale Funktion in den besetzten Ostgebieten, landet aber als Regierungsrat bei der deutschen Luftwaffe in Rom. Nach Kriegsende und Gefangenschaft wird er entnazifiziert, als minderbelastet eingestuft und ist als Rechtsanwalt tätig. Auf Grund des 131er-Gesetzes wird er 1958 wieder in den Staatsdienst übernommen, eine Karriere mit Brüchen, aber nicht untypisch für Juristen dieser Generation.

Politisch war Meersburg am Ende der Weimarer Republik eine Hochburg der katholischen Zentrumspartei. Bei der ersten Reichstagswahl von 31. Juli 1932 kam die NSDAP in Meersburg auf stolze 34,8%, doch die Zentrumspartei lag knapp vorne mit 35,6%. Bei der zweiten Reichstagswahl vom 6. November 1932 fiel die NSDAP in Meersburg zurück auf 17,6%, das Zentrum verbesserte sich sogar auf 45,2%. Und bei der Reichstagswahl vom 5. März 1933, also nach der Machtergreifung, kam die NSDAP in Meersburg auf 39,9%, aber auch jetzt behauptete sich das Zentrum in Meersburg mit 43,3%.¹



Dr. Fritz Vogt (Stadtarchiv Meersburg)

Bürgermeister in Meersburg war seit 1919 der eher liberale Dr. Karl Moll. Dass er 1933 im Amt blieb, ist ziemlich ungewöhnlich. Mit seinem Schwerpunkt der Entwicklung des Fremdenverkehrs im eigenen Land lag er aber auch für die Nationalsozialisten richtig, Sinnbild dieser Politik in Meersburg war die Errichtung eines neuen Freibades im Jahre 1934. Die Übernachtungen stiegen in Meersburg von 31 309 im Jahre 1931 auf 102 052 im Jahre 1936, davon etwa 15 000 aus KdF- (Kraft durch Freude-) Gruppenreisen.

Nach dem plötzlichen Tod von Moll Ende 1936 wurde die Stelle öffentlich ausgeschrieben. Zum Zuge kam der promovierte Volljurist Dr. Fritz Vogt, geboren am 18. April 1906 in Konstanz als Sohn eines Reichsbahnbeamten. Die Familie zog nach Basel, und er machte in Schopfheim Abitur. Danach studierte er Jura in Freiburg, Königsberg, Heidelberg und Basel, absolvierte das Erste und Zweite Staats-

examen und promovierte an der Universität Basel über »Die Stellung der Reichsbahn im öffentlichen Recht«. Als Referendar und Assessor absolvierte er Stationen an Bezirksämtern in Kehl und Freiburg und an Gerichten in Freiburg, Waldshut und Konstanz.

Der 63. Bürgermeister seit 1385 ist sicher einer der unbekanntesten unter den Meersburger Bürgermeistern. Er wurde nicht gewählt, sondern vom Gauleiter nach der neuen Gemeindeordnung auf zwölf Jahre ernannt. Bei der Amtseinführung am 3. April 1937 erschien der neue Bürgermeister in SS-Uniform. Die regionalen Zeitungen brachten große Berichte über die Einführung, bei der er erklärte, dass er die Förderung des Fremdenverkehrs fortsetzen wolle.² Er leitete dann auch noch das städtische Verkehrsamt.

In die NSDAP trat er als Student 1930 in Heidelberg ein, d. h., er hatte eine niedrige sechsstellige Mitgliedsnummer. Als er in Basel studierte, wohnte er in Weil am Rhein, wo er an der Gründung einer Ortsgruppe der NSDAP beteiligt war und als politischer Redner auftrat. Seine spätere Ehefrau war eine Fabrikantentochter aus Weil. In die SS trat er 1933 ein.³

In seine Meersburger Amtszeit fällt die Einrichtung einer Reichsfinanzschule durch das Reichsfinanzministerium im Seminargebäude im Oktober 1937. Vogt wehrte sich vergeblich gegen dieses Projekt mit 300 Internatsplätzen und 400 Ausbildungsplätzen, weil er nicht wollte, dass Hunderte von jungen angehenden Finanzbeamten durch den Fremdenverkehrsort spazierten. Vor allem löste dieses Projekt eine Kettenreaktion aus. Im Seminargebäude saß die nationalsozialistische Bodensee-Schule, die Bestandsschutz hatte und daraufhin die seit 1865 im Neuen Schloss residierende Taubstummenanstalt (ab 1938 Gehörlosenanstalt genannt) verdrängte. Deren Schüler wurden einfach nach Hause geschickt,



Amtseinführung von Fritz Vogt als Bürgermeister von Meersburg in SS-Uniform am 3. April 1937, Deutsche Bodensee-Zeitung Konstanz, 5. April 1937

bis sich zwei Jahre später eine vorübergehende Lösung für sie in Gengenbach ergab.⁴

In die Amtszeit von Bürgermeister Vogt fällt auch der Soldatenfriedhof auf dem Lerchenberg zwischen Meersburg und Hagnau. Im Ersten Weltkrieg wurden bestimmte Kategorien von verwundeten oder kranken deutschen, englischen und französischen Kriegsgefangenen in der Schweiz interniert. Etwa 180 deutsche Soldaten sind in der Schweiz verstorben. Es gibt heute noch drei deutsche Soldatenfriedhöfe in der Schweiz. 20 Jahre nach Kriegsende fingen nun einige Schweizer Gemeinden an, die Einzelgräber aufzulassen, weil das Ruherecht abgelaufen war. Darauf beschloss der Volksbund für Kriegsgräberfürsorge, die Toten aus den verstreuten Einzelgräbern nach Deutschland zu überführen in eine neue Gedenkstätte nahe der Schweizer Grenze. Mehrere Orte bewarben sich, darunter Meersburg. Bürgermeister Vogt bot etwas an, was ihm gar nicht gehörte, nämlich den Lerchenberg, der der Konstanzer Spitalstiftung gehörte, die praktisch enteignet wurde. Der Standort war ideal, weil die dort geplante Totenburg bei schönem Wetter von der

BA (ehem. BDC) NSDAP-Gaukartei

Mitglieds Nr.: 333853		Vor- und Zuname: <i>Vogt Fritz</i>	
Eingetreten am <i>1. Okt. 1930</i>	wiedereingetr. am	Wohnort <i>W.</i>	
Ausgetreten am		Wohnung <i>Zibellstr. 19</i>	
Ausgeschlossen am			
Gestorben am		K	Ortsgruppe <i>Weil</i>
Geburtszeit <i>18. 4. 06</i>		Gau <i>Baden</i>	
Geburtsort <i>Reinsdorf</i>			
Ledig, verheiratet, verwitw.		Wohnort <i>L. - Hünfeldstr. 10</i>	
Stand oder Beruf <i>Mitwirk.</i>		Wohnung	
		Ortsgruppe <i>Lörrach</i>	
		Gau <i>Baden</i>	
Bemerkungen: <i>St. Baden 9. 36/47 in Lörrach</i>			
Form 29			

Fritz Vogt, NSDAP-Gaukartei (Bundesarchiv Berlin)

Schweiz aus sichtbar war. Die Totenburg war zugleich als nationale Gedenkstätte für alle in Kriegsgefangenschaft verstorbenen Soldaten gedacht. Vogt hatte den Vorteil, dass er beim Bundesführer des Volksbundes Dr. Siegfried Emmo Eulen einen Bundesbruder aus der gleichen Studentenverbindung hatte.

Es war nicht der Volksbund, der sich stets bei der Schweiz für die freundliche Aufnahme der deutschen Soldaten bedankt hatte, sondern es war der Meersburger Bürgermeister, der in die ganze Geschichte einen Anti-Schweizer Affekt hineintrug. Er, der in Basel studiert hatte, schrieb im Juni 1938 an Eulen: »[...] dass dieses herrliche Land von einem solchen Lumpenpack bewohnt ist, das überhaupt nicht mehr fähig ist, groß zu denken. Die Schweiz lebt hauptsächlich nur von Trinkgeldern, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch

geistig gesehen: »*pas d'argent, pas de Suisses!*«, hat es zur Zeit der Landsknechte geheißt, und heute ist es nicht anders. Seit die Geschäfte mit Deutschland nicht mehr mit gleichem Gewinn blühen wie zu unseren Notzeiten, sind wir drüben nicht mehr beliebt. Wollen wir dem Schicksal dankbar sein, dass es uns vor »Verschweizerung« bewahrt hat.« Das Zitat »kein Geld, keine Schweizer Söldner« bezieht sich auf das Schweizer Söldnerwesen im Spätmittelalter und der Frühen Neuzeit.

Der »Völkische Beobachter« hat dann diesen Ton aufgegriffen und bei der Einweihung des Lerchenbergs im Dezember 1938 geschrieben: »Das ist die demokratische Schweiz! Sie verweigert deutschen Soldaten das Recht der ewigen Ruhe«.

Geplant war eine Art Totenburg vorne zum See hin, düster, verschlossen und weit-

hin sichtbar, dahinter ein rechteckiges Gräberfeld mit 69 Gräbern, das heute noch besteht. Die nächtliche Überführung der Toten vom Konstanzer Friedhof aus wurde eine gewaltige militärische Inszenierung, zuerst vom Friedhof zum Konstanzer Hafen, dann mit einem durch Fackeln erleuchteten Schiff nach Meersburg und von hier auf den Lerchenberg. Der Bau wurde 1942 im halbfertigen Zustand eingestellt. Nach langem Hin und Her wurde die Anlage nach dem Krieg mit christlichen Motiven umgestaltet und umgewidmet, 1964 wurde sie als zentrale Gedächtnisstätte für die in aller Welt vermissten deutschen Soldaten beider Weltkriege eingeweiht.⁵

Vogt heiratete am 19. Juni 1937, ohne die Genehmigung der SS einzuholen, und trat Anfang 1938 aus der SS wieder aus. Vorübergehend hatte er das Amt des Ortsgruppenleiters der NSDASP inne. Dabei geriet er immer wieder in Konflikte mit dem Kreisleiter Wilhelm Mensch von Überlingen, der ihn im Juni 1939 aus diesem Amt ablöste, was die Position des Bürgermeisters sicher schwächte. Vogt war wohl 1930 mit anderen Vorstellungen in die NSDAP eingetreten, als diese Partei sie nun bot.

Im Herbst 1939 meldete Vogt sich freiwillig zur Wehrmacht und wurde Ende November 1939 einberufen. Er war zu diesem Zeitpunkt 33 Jahre alt und hatte keinen Wehrdienst geleistet, da es diesen in der Weimarer Zeit nicht gab. Vielleicht hatte bei seinem Schritt das Beispiel des Konstanzer Oberbürgermeisters Albert Herrmann eine Rolle gespielt. Dieser soll amtsmüde gewesen sein und meldete sich bei Kriegsausbruch zur Militärverwaltung. Vogt wurde wie Herrmann der Luftwaffe zugeweiht. Seine Stelle wurde nicht neu besetzt, sondern der Leiter der Bodenseeschule Dr. Kurt Krauth führte als ehrenamtlicher Bürgermeister die Geschäfte in Meersburg. Auch

der sozialdemokratische Konstanzer Bürgermeister Fritz Arnold, der 1933 entlassen worden war und sich 1937 chancenlos ebenfalls in Meersburg beworben hatte, meldete sich 1940 mit 57 Jahren noch zur Militärverwaltung.

Beim Frankreichfeldzug 1940 wurde Vogt als Luftnachrichtensoldat eingesetzt. Die Front hat er wohl nie gesehen. Ab September 1941 war er als Regierungsrat a. K. (auf Kriegsdauer) der Verwaltung der Luftwaffe im Luftgaukommando VIII in Breslau zugeordnet. Ab Februar 1942 erhielt er einen besonders schönen Posten, er wurde nämlich an die Verbindungsstelle zwischen der italienischen und der deutschen Luftwaffe in Rom versetzt. Dort war er zuständig für die Bearbeitung von Schäden, die die deutsche Luftwaffe bei italienischen Zivilpersonen angerichtet hatte.

Zu diesem Zeitpunkt stand fest, dass Vogt nach dem Krieg gar nicht mehr nach Meersburg zurück wollte. Er schrieb nämlich Anfang 1942 an den Reichsminister für die besetzten Ostgebiete Alfred Rosenberg, den er bei dessen Besuch in Meersburg am 3./4. April 1938 kennengelernt hatte, er strebe eine Stelle in den besetzten Gebieten im Osten an, entweder in einer Zentralstelle oder aber in der Verwaltung einer größeren Stadt. Über Meersburg schrieb er an Rosenberg: »Auch vermag mich die schöne alte Burgenstadt Meersburg mit ihren Droste-Erinnerungen nicht mehr zu halten. Dieses Bodensee-Idyll verblasst vor der Größe der neuen Aufgabe und erscheint mit heutzutage irgendwie unzeitgemäß, so dass es einer härteren Wirklichkeit Raum geben muss.«⁶ Meersburg sei auch zu klein für einen Verwaltungsjuristen. Das Ministerium wollte ihn im Osten eventuell als Gebiets- oder Stadtkommissar einsetzen, d. h., Vogt wäre vielleicht Bürgermeister von Minsk oder Kiew geworden und lernte schon Russisch. Das Bezirksamt Überlin-

010

Der Reichsminister des Innern

P 1 - Ost - V. 9 -

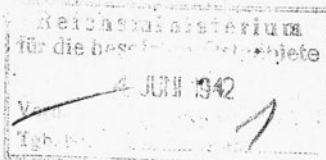
Berlin, den 1. Juni 1942

NW 7, Unter den Einden 72
Fernsprecher: Ortsanruf 12 00 34
Fernanruf 12 00 37
Fernschreiber: Oetoverkehr 517
Fernverkehr K 1 517
Drahtanschrift: Reichsinnenminister.

Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen und den Gegenstand bei weiteren Schreiben anzugeben.

An den
Herrn Reichsminister für die besetzten Ostgebiete

Berlin - W 35
Kurfürstenstr. 134



Betrifft: Bürgermeister Dr. Vogt, Meersburg.
Bezug: Ihr Schreiben vom 11.5.1942 - II Pers. b. - Allg. Bew. -

Ich habe den Bürgermeister Dr. Fritz Vogt aus Meersburg am Bodensee für einen späteren Osteinsatz vorgemerkt und bin im Falle seiner Freigabe durch die Wehrmacht mit seinem Einsatz als Gebiets- oder Stadtkommissar einverstanden.
Ein Personalauszug in doppelter Ausfertigung ist beigelegt.

Im Auftrag
gez. Dr. von Heusinger



Beglaubigt
[Signature]
Kanzleiangeestellte

Schreiben des Reichsinnenministeriums an das Ministerium für die besetzten Ostgebiete in Sachen Fritz Vogt, 1.6.1942 (Bundesarchiv Berlin)

gen und das badische Innenministerium stimmten zu. Noch zwei Mal schrieb er 1943 an das Ministerium Rosenberg und wiederholte seine Bewerbung, doch die Wehrmacht gab ihn nicht frei. Beim Rückzug aus Italien wurde er im Sommer 1944 zunächst der Verwaltung der Luftwaffe in Oberitalien und dann Anfang 1945 in Südtirol der bautechnischen Organisation Todt zugewiesen, wo er für Verpflegung und Kleidung zuständig war. Anfang Mai 1945 geriet er mit den OT-Leuten in amerikanische Gefangenschaft und wurde unter amerikanischer Regie bis Sommer 1946 bei der Wiederherstellung der Brenner-Bahnstrecke eingesetzt. Anschließend kam er bis

März 1947 in ein Internierungslager für Zivilpersonen in Bozen, wo er sich ebenfalls um die Verpflegung im Lager kümmerte. Als er nach Hause entlassen wurde, ging er zu seiner Familie in Weil am Rhein, da die Meersburger Wohnung beschlagnahmt worden war.

Vogt musste sich in Lörrach vor einem Untersuchungsausschuss der Spruchkammer Freiburg einem Entnazifizierungsverfahren stellen, für das er etliche entlastende Schreiben von Meersburger Geistlichen, Geschäftsleuten, von Mitstudenten, Vorgesetzten und Untergebenen aus der Kriegszeit beibringen konnte. Nur die Stadtverwaltung Meersburg schickte eine herabsetzende Stellungnahme

an den Ausschuss, nicht vom Bürgermeister unterschrieben, sondern von drei Parteivertretern. Eine Woche später zog Bürgermeister Dr. Otto Ehinger dieses Gutachten zurück und ersetzte es durch eine sachliche Wertung. Der Untersuchungsausschuss schlug die Einstufung »minderbelastet« vor mit zwei Jahren Bewährung und 1000 RM Geldstrafe, die durch die Gefangenschaft abgegolten sein sollten. Die Spruchkammer übernahm im Juli 1948 die Einstufung und die Bewährungszeit. An die Stelle der Geldstrafe trat der Verlust der Wählbarkeit für öffentliche Ämter. In der Begründung hieß es, er sei für das Amt qualifiziert gewesen, kein fanatischer Nazi, in Schwierigkeiten mit der Partei und nicht antikirchlich eingestellt.⁷

Die Stadt Meersburg hatte die Zahlung von Bezügen an Vogt im April 1945 eingestellt, und die Franzosen ernannten Anfang Juni 1945 den Regierungsrat Dr. Bruno Helmle zum neuen ehrenamtlichen Bürgermeister. Vogt aber war noch 1949 der Ansicht, dass er nach wie vor Bürgermeister sei oder zumindest im Wartestand Anspruch auf Bezüge habe, weil es 1945 kein Verwaltungsverfahren gegen ihn gegeben habe, das zudem hätte publiziert werden müssen. Er musste sich aber sagen lassen, dass er wegen seiner NSDAP-Mitgliedschaft vor 1933 durch Erlass der Alliierten 1945 automatisch entlassen war und keine Ansprüche mehr habe.

Im Jahre 1949 wurde Vogt als Rechtsanwalt beim Landgericht Freiburg, Abteilung Lörrach, zugelassen. Über einen Gnadenerlass erhielt er 1952 die Wählbarkeit zurück.⁸ Und im Jahr 1958, im Alter von 52 Jahren, wurde er nach Artikel 131 des Grundgesetzes und dem dazu gehörenden Bundesgesetz wieder in den öffentlichen Dienst übernommen. Diese Regelung besagte, dass Beamte, die 1945 aus politischen Gründen entlassen worden waren,

wieder eingestellt werden durften, sofern sie nicht als Hauptschuldige oder Belastete entnazifiziert worden waren. Vogt wurde zuerst als Regierungsrat beim Landratsamt Emmendingen eingesetzt, dann als Oberlandesanwalt beim Verwaltungsgericht Freiburg und später Stuttgart. Seinen Ruhestand verbrachte er in Konstanz, wo er am 11. Oktober 2002 verstarb.

Anmerkungen

- 1 Wahlergebnisse in der Deutschen Bodensee-Zeitung Konstanz 1932/33.
- 2 Staatsarchiv Freiburg, Personalakte F 166/3, Nr. 541. Deutsche Bodensee-Zeitung, 5.4.1937. Bodensee-Rundschau Konstanz, 3. und 5.4.1937.
- 3 Bundesarchiv Berlin, (ehem. BDC), NSDAP-Gaukartei und -Zentralkartei.
- 4 Arnulf Moser, Die Bodenseeschule Meersburg: eine Internatsschule im Dritten Reich (1936–1946), in: Leben am See 23/2006, S. 49–55.
- 5 Stadtarchiv Meersburg, Militär- und Kriegssachen, 043/2/21 Lerchenberg. Diana Ecker u. a.: Ehrenstätte Lerchenberg bei Meersburg, in: Bodensee-Hefte 43/1997, Heft 12, S. 60–65.
- 6 Bundesarchiv Berlin, NS-Archiv des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, ZD I 4112. Besuch von Minister Rosenberg in Meersburg: Bodensee-Rundschau, 5.4.1938.
- 7 Staatsarchiv Freiburg, Entnazifizierungsakte, D 180/2, Nr. 203815. Auskünfte aus Konstanz: Stadtarchiv Konstanz, S II 9654, Politische Informationsstelle der Stadt Konstanz.
- 8 Staatsarchiv Freiburg, Gnadenakte, D 180/3, Nr. 2111.



Anschrift des Autors:
 Dr. Arnulf Moser
 Allmannsdorferstraße 68
 78464 Konstanz
 arnulf.moser@t-online.de